



# Bewusste Täuschung

NSA Über Monate erweckte die Bundesregierung den Eindruck, sie warte auf eine Stellungnahme aus Washington zu der umstrittenen Spähliste – dabei lag die Antwort längst vor.



BND-Abhörstation in Bad Aibling, Merkel-Vertrauter Altmaier: „Mit unlauteren Mitteln“

Der Auftrag aus Washington war unmissverständlich. Die amerikanische Botschaft am Pariser Platz in Berlin möge keine Zeit verschwenden und die beigefügte diplomatische Depesche unverzüglich zustellen. Der 10. Mai war ein Sonntag, auch Diplomaten arbeiten da nicht sonderlich gern. Doch an diesem Tag musste es sein. Also machte sich James Melville, die Nummer zwei der Botschaft, kurz vor 21 Uhr abends auf den Weg ins Kanzleramt, um die Post aus dem Weißen Haus persönlich abzugeben.

Der Brief, den Melville Merkels Leuten überreichte, enthielt die lang erwartete Antwort, wie die Bundesregierung mit der hochgeheimen Liste von NSA-Spähzielen verfahren dürfe – jenen berühmten Selektoren, die Kanzlerin Angela Merkel so viel Ärger beschert haben, weil der BND im Auftrag der NSA mit ihnen womöglich auch deutsche Firmen ins Visier nahm.

Der Brief brachte die Bundesregierung in eine delicate Lage. Eigentlich war er-

wartet worden, dass die US-Regierung das deutsche Begehren, die Selektorenliste dem Bundestag vorzulegen, klipp und klar ablehnen würde. Doch das war nicht der Fall. Die Antwort der Amerikaner war differenziert – und gerade deshalb interessant. Dennoch verschwieg die Bundesregierung die Existenz des Schreibens.

Alle Nachfragen wurden mit der Floskel abgewimmelt, das sogenannte Konsultationsverfahren mit den USA über dem Umgang mit der Liste laufe noch. Und das, obwohl Journalisten des SPIEGEL und anderer Medien immer wieder anfragten, ob es eine Antwort der Amerikaner gebe.

So sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am 11. Mai, einen Tag nach Eingang des Schreibens: „Über alle relevanten Dinge im Zusammenhang mit diesem Konsultationsverfahren werden die Obleute des Parlamentarischen Kontrollgremiums und auch des NSA-Untersuchungsausschusses durch die Bundesregierung informiert werden.“ Aber ist es etwa nicht relevant, wenn sich

die US-Regierung erstmals zum Wunsch der Deutschen äußert, die Liste dem Bundestag vorzulegen?

Zwei Tage später, am 13. Mai, wurde Seibert in der Bundespressekonferenz explizit danach gefragt, ob es Neuigkeiten in Sachen NSA gebe. „Ich habe keinen neuen Stand“, antwortete der Regierungssprecher. Seitens der Regierung ist das zumindest eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Denn der Verfasser des Briefes war nicht irgendwer, sondern Denis McDonough, Stabschef von US-Präsident Barack Obama. Ein Brief von einem so ranghohen Beamten ist durchaus ein neuer Sachstand. Auf Anfrage des SPIEGEL erklärt die Bundesregierung, dass sie sich „zur vertraulichen Kommunikation mit ausländischen Parteien nicht öffentlich“ äußern werde.

Nach Angaben von mehreren Personen, die mit dem Inhalt des Briefs vertraut sind, drücken Obamas Leute in dem Schreiben ihren großen Respekt vor der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste aus und nehmen also in Kauf, dass der Ausschuss mehr über die NSA-Zielliste erfährt. Allerdings enthält der Brief eine entscheidende Bedingung, die in Berlin nur als vergiftete Bitte verstanden werden konnte: Die Bundesregierung müsse sicherstellen, dass keinerlei Informationen über die Zielliste an die Öffentlichkeit gelangen.

Die Forderung stellte die Regierung vor ein Dilemma: Einerseits konnte sie den Wunsch des Bundestags, die Liste einzusehen, nicht einfach mit dem Hinweis auf die Amerikaner abschmettern. Andererseits wollte sie nicht das Risiko eingehen, die Liste dem Parlament zu übergeben, denn dann hätte die Gefahr bestanden, dass sie sich bald in der Presse wiederfindet.

Merkel und ihre Leute ließen deshalb die Bürger und den Bundestag bewusst im Unklaren über die Haltung der Amerikaner. Fast zwei Wochen nach dem Eingang des Briefs aus Washington berichtete Kanzleramtsminister Peter Altmaier den Obleuten des NSA-Ausschusses zwar streng vertraulich von einer Antwort der Amerikaner, diese aber sei vage, von einer grundsätzlichen Bereitschaft zur parlamentarischen Aufklärung war keine Rede. Vielmehr, so Altmaier, hätte Washington eine Reihe von juristischen Bedenken angeführt, deshalb sei mit grünem Licht auch in weiteren Gesprächen kaum zu rechnen.

Als die „Zeit“ vor zehn Tagen schrieb, die Amerikaner hätten ihr Okay für eine Herausgabe der Liste erteilt, sagte Altmaier: „Hätte es tatsächlich eine Zustimmung zur Weitergabe aus den USA gegeben, hätten wir uns manche schwierige Debatte ersparen können.“ Offenkundig versuchte Altmaier die Frage zu umgehen, ob es je eine Äußerung der USA in dieser Angelegenheit gegeben habe.

Heute bemüht man sich im Kanzleramt, die Zeilen von Obamas Stabschef Denis McDonough lediglich als Startschuss der deutsch-amerikanischen Konsultationen über den Umgang mit den Selektoren einzuordnen. Kanzleramtschef Altmaier habe nach dem Brief immer wieder mit seinem US-Kollegen gemailt und telefoniert, auch Geheimdienstkoordinator Klaus-Dieter Fritsche redete demnach noch mehrmals mit der US-Seite.

Die Berliner Verhandlungslinie indes sagt einiges über das erwartbare Ergebnis aus. Förmlich verlangten die Deutschen eine Zustimmung für die Herausgabe der Selektoren ohne jeden Vorbehalt durch die US-Regierung. Allen Beteiligten musste klar sein, dass eine solche Forderung unrealistisch war, doch dieses Mal wollte man nichts falsch machen. Im Kanzleramt kam man überein, auf Fragen nach den Verhandlungen stets zu sagen, die Konsultationen liefen noch – auch wenn das Ergebnis schon feststand. „Das Bundeskanzleramt macht das genaue Gegenteil von dem, was Merkel verspricht“, kritisiert Konstantin von Notz, Obmann der Grünen im NSA-Ausschuss, „statt Aufklärung wird hinter den Kulissen verschleiert, auch mit unlauteren Mitteln.“

Merkel und ihre Leute haben bei solchen Vertuschungsversuchen schon einige Übung, wie der Verlauf der NSA-Affäre zeigt. Im Bundestagswahlkampf 2013 erweckten sie über Monate den Eindruck, es bestünde die Chance, mit den USA ein sogenanntes No-Spy-Abkommen zu schließen. Dabei signalisierte das Weiße Haus hinter den Kulissen, dass es dazu nie kommen würde. Diese Hinweise aber wurden der Öffentlichkeit verschwiegen.

Nun soll ein Sonderermittler die Bundesregierung aus ihrer heiklen Lage befreien. Die Idee stammt von Altmaier. Anstatt des NSA-Untersuchungsausschusses soll der ehemalige Bundesverwaltungsrichter Kurt Graulich die Liste der Selektoren einsehen. So will Altmaier verhindern, dass die Liste an die Presse durchsickert.

Die Opposition mag sich allerdings nicht auf diese Idee einlassen. Warum auch? Das Kanzleramt hat in den vergangenen Jahren alles dafür getan, die Spitzeleien der US-Geheimdienste zu verharmlosen, Altmaiers Vorgänger Ronald Pofalla verstieg sich im August 2013 sogar zu dem Satz, die NSA-Affäre sei „vom Tisch“. Zwei Monate später wurde bekannt, dass sogar Merkels Handy von der NSA belauscht wird. Nun wollen Grüne und Linke nicht auch noch akzeptieren, dass sich die Regierung ihren eigenen Kontrolleur aussucht. Sie wollen gegen die unerwünschte Hilfe klagen: vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Matthias Gebauer, René Pfister, Holger Stark

## „Der Zaun muss weg“

**Landschaftspflege** Springer-Chef Mathias Döpfner hat in Potsdam eine öffentliche Grünfläche, die an sein Grundstück grenzt, absperren lassen.

**M**athias Döpfner mag Potsdam. Der Springer-Vorstandschef hat die Sanierung der Villa Schöningen an der Glienicke Brücke bezahlt, sie ist jetzt ein Museum. Als Malerfürst Anselm Kiefer hier seinen „Europa“-Zyklus mit monumentalen Kuh-Collagen ausstellte, sprach auf der Vernissage nicht irgendwer, sondern die Kanzlerin.

Nun will Döpfner auch die Villa Schlieffen, eine Ruine in der Nauener Vorstadt, für mehr als eine halbe Million Euro wiederaufbauen lassen. Vielleicht dürfen sich dort eines Tages die Bürger der Stadt an der Privatsammlung des Multimillionärs erfreuen: Frauenakte von der Renaissance bis zur Gegenwart.

Doch derzeit hadern viele Potsdamer mit dem sonst so geschätzten Mäzen. Der Anlass erscheint profan und will nicht zum Bild des weltgewandten Managers passen, der sich einmal als „eine Mischung aus Schöngest und Teppichhändler“ beschrieb und der aus dem traditionsreichen Axel-Springer-Verlag einen hippen Internetkonzern zu formen versucht. Die Stadt diskutiert über seinen grünen Maschendrahtzaun.

Döpfner hat mit diesem Instrument kleinbürgerlicher Grenzziehung nicht seine eigene Parzelle geschützt, sondern einen öffentlichen Park nebenan. Potsdamer Bürger haben hier gern ihre Hunde ausgeführt, nun stoppt sie ein Zaun, rund drei Kilometer lang, etwa anderthalb Meter hoch. Aufgebrachte Anwohner haben Plakate an den Maschendraht geheftet: „Braucht Herr Döpfner wirklich so viel Auslauf?“

Der Potsdamer Baudezernent Matthias Klipp (Grüne) sieht in dem Verhalten des Springer-Manns „reine Willkür“, vergleich-

bar mit den Versuchen von Eigentümern, den Uferweg am Griebnitzsee für die Öffentlichkeit zu sperren.

Die selbstbewusste Potsdamer Bürgerprominenz hat immer mal wieder Ärger mit der Stadtverwaltung. TV-Moderator Günther Jauch stritt mit der Denkmalbehörde über die Frage, wie die Kellerfenster eines seiner Häuser auszusehen haben. SAP-Gründer Hasso Plattner forderte den Abriss des alten DDR-Interhotels in der Potsdamer Innenstadt für den Bau eines von ihm finanzierten Kunstmuseums. Und Döpfner-Spezi Kai Diekmann, Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, kappelte sich mit der Stadt wegen eines geplanten Ausflugslokals in seiner Nachbarschaft.

Im Fall Döpfner spielt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten eine wichtige Rolle. Sie ist Eigentümerin jenes Areals am Pfingstberg, das vom Maschendraht umschlossen ist. Es gehörte einst dem Berliner Bankier Hermann Henckel und war nach dem Vorbild klassizistischer britischer Landschaftsgärten gestaltet. 1997 kam die Stiftung an die verfallene Grünanlage und wollte den ursprünglichen Zustand wiederherstellen.

Doch dafür fehlte das Geld. Generaldirektor Hartmut Dorgerloh suchte einen Investor und fand den Springer-Vorstandschef. Döpfner hatte 2003 bereits die Villa Henckel und das Grundstück, das an den Park grenzt, gekauft; die ehemalige Bankiersvilla ließ er denkmalgerecht sanieren.

Im März 2014 wurden die Stiftung und Döpfner handelseinig. Ein Vertrag sieht vor, dass Döpfner, 52, den Park unentgeltlich für 40 Jahre nutzen darf. Im Gegenzug verpflichtet er sich, 1,8 Millionen Euro in die Sanierung des Parks und den Wiederaufbau der Villa Schlieffen zu investieren. Zudem muss Döpfner für die Pflege des Parks aufkommen. Der 15-seitige Vertrag legt allerlei Details fest. Nur wie die Potsdamer in den nächsten 40 Jahren den Park noch nutzen dürfen, ist nicht geregelt.

Der Bebauungsplan der Stadt weist das Areal als öffentliche Parkanlage aus, Baudezernent Klipp sagt: „Der Zaun muss weg.“ Doch niederreißen kann die Stadt Döpfners Grenzanlage nicht. Erst ab einer Höhe von zwei Metern wäre der Zaun eine genehmigungspflichtige Baumaßnahme.

Döpfners Pfingstberg-Bevollmächtigter, Rechtsanwalt Manfred Dengel, mag die Aufregung nicht verstehen. „Das ist in erster Linie eine Sicherheitsmaßnahme“, sagt er. „Wir haften doch, wenn auf dem unwegsamem Gelände ein Unfall passiert.“

Vergrätzen will die Stadt den Kunstförderer nicht. Bis Mitte September soll ein Kompromiss ausgearbeitet werden, der noch mit dem Bebauungsplan für das Pfingstberg-Areal vereinbar ist. Mindestens so lange soll der Zaun auch bleiben.

Andreas Wassermann



Streitobjekt Maschendrahtzaun